

# »Und wir haben das ganz gut über die Bühne gebracht«. Die Schließung von Kleinschulen in Landgemeinden Österreichs aus einer gagentheoretischen Perspektive

Sigrid Kroismayr

## 1. Einleitung

Die Schließung von Kleinschulen ist in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher Aufmerksamkeit gerückt. Dies hängt mit verschiedenen Entwicklungen zusammen. Viele ländliche Regionen sind von einer Abwanderung der Bevölkerung betroffen, was zu einer Reduktion der Zahl der Schulkinder beiträgt und eine Schulschließung auslösen kann.<sup>1</sup> Diese Entwicklung geht in vielen europäischen Ländern Hand in Hand mit einer neoliberal ausgerichteten Bildungspolitik, die Quantitäten vor Qualitäten stellt, indem neue Bestimmungen für die Mindestgröße einer Schule erlassen oder finanzielle Gründe als Argument für die Schulschließung vorgebracht werden.<sup>2</sup> Auch in Österreich haben diese Entwicklungen zu einem markanten Anstieg von Schulschließungen geführt, wobei vor allem Kleinschulen, insbesondere einklassige Volksschulen betroffen waren.<sup>3</sup>

Neben diesen generellen Entwicklungen gibt es auch lokale Bedingungen, die eine Schulschließung in die Wege leiten. Dazu kann es kommen, wenn die Schule im Hauptort grundlegend saniert oder neu gebaut wird. Dadurch wird die Kleinschule in einem Ortsteil als veraltet betrachtet und von der Gemeinde als Eigentümerin des Schulgebäudes die Schließung bei den Landesbehörden

---

1 Vgl. Barakat 2015, S. 1853-1871; Bartl/Sackmann 2016, S. 321-358.

2 Für Frankreich vgl. Chignier-Riboulon/Fournier 2007, S. 215-233; für Norwegen vgl. Knutas 2017, S. 695-712.

3 Von Kleinschulen spricht man in Österreich, wenn zumindest zwei Klassen gemeinsam unterrichtet werden; bei einklassigen Kleinschulen findet der Unterricht aller vier Volksschulklassen gemeinsam statt.

beantragt. In anderen Fällen möchte man vermeiden, dass die Schule im Hauptort als Kleinschule geführt werden muss und schließt deshalb die zweite Kleinschule im Ortsteil. Ein weiterer Anlass für die Schließung kann auch die Pensionierung der Direktorin oder des Direktors der Kleinschule sein.

Unabhängig davon, ob die Schließung von der Gemeinde selbst oder von der Landesregierung ausgeht, immer liegt es an der politischen Vertretung, in aller Regel dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin, diese Entscheidung der lokalen Bevölkerung zu kommunizieren. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn selbst wenn die Entscheidung vom Land ausgeht, kann die Bevölkerung dies den lokalen, politisch Verantwortlichen zulasten legen und ihnen vorwerfen, dass sie sich nicht genug für die Gemeinde eingesetzt hätten. Diese Situation bildet den Ausgangspunkt für den vorliegenden Beitrag. Es wird der Frage nachgegangen, wie der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin das Vorhaben der Kleinschulschließung der Bevölkerung nahebringt. Dabei soll das Augenmerk auf die Vereinbarungen und Abmachungen gerichtet werden, die während oder nach dem Schließungsprozess getroffen werden, um potenzielle Konflikte zu kalmieren und eine gewisse Akzeptanz für die Entscheidung herbeizuführen. Gerade kleine Gemeinden sind häufig der Schauplatz einer Kleinschulschließung. In Österreich haben 54 Prozent der Gemeinden nicht mehr als 2.000 EinwohnerInnen. Für das Zusammenleben bedeutet dies, dass man sich mehr oder weniger gut kennt und auch bei diversen Anlässen zusammentrifft, wie beim Einkauf, bei ÄrztInnen, auf der Bank oder bei kirchlichen Anlässen und Gemeindefesten. Konsensuale Lösungen in einer Konfliktsituation sind daher wichtig, um die Stabilität und ein gutes Miteinander innerhalb der Bevölkerung sowie zwischen politischer Vertretung und Gemeindebevölkerung zu wahren.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Um die Situation theoretisch zu verorten, wird das Gabe-Theorem von Marcel Mauss aufgegriffen und seine Anwendbarkeit auf die Situation einer Kleinschulschließung diskutiert. Danach folgen Angaben zur Erhebung und Auswertung des Datenmaterials, das aus 30 qualitativen Interviews mit BürgermeisterInnen besteht, in deren Gemeinde eine oder mehrere Kleinschulen geschlossen wurden. Im anschließenden Ergebnisteil werden die verschiedenen Vereinbarungen vorgestellt, die im Zuge des Schließungsprozesses zum Einsatz kommen. In diesem Zusammenhang wird auch auf jene Fälle näher eingegangen, in denen diese Strategie ihr Ziel verfehlte und die Schließung trotz der Gabeangebote der Gemeindevertretung beträchtliche Konflikte und Spannungen hervorgerufen hat. Der Beitrag schließt mit zusammenfassenden Überlegungen und einen Ausblick auf weiteren Forschungsbedarf.

## 2. Theoretischer Hintergrund

Der Vorschlag, das Konzept der Gabe von Marcel Mauss als theoretischen Rahmen für Schulschließungsprozesse zu verwenden, mag zunächst befremdlich klingen. Wie kann dieser Ansatz, den Mauss anhand des Studiums von Austauschbeziehungen in archaischen Gesellschaften entwickelte, zum Verständnis von modernen Lebensrealitäten im globalen Norden, konkret, zum Verständnis von Schulschließungsprozessen in kleinen Gemeinden beitragen? In der Beantwortung dieser Frage ist es hilfreich, auf das Bezug zu nehmen, was Mauss als »System totaler Leistungen« bezeichnet hat.<sup>4</sup> Dieses lässt sich durch drei Merkmale charakterisieren:

»Zunächst einmal sind es nicht Individuen, sondern Kollektive, die sich gegenseitig verpflichten, die austauschen und kontrahieren; [...] Clans, Stämme, Familien, die einander gegenüberreten, sei's als Gruppe auf dem Terrain selbst, sei's durch die Vermittlung ihrer Häuptlinge, oder auch auf beide Weisen zugleich. Zum anderen ist das, was ausgetauscht wird, nicht ausschließlich Güter und Reichtümer, bewegliche und unbewegliche Habe, wirtschaftlich nützliche Dinge. Es sind vor allem Höflichkeiten, Festessen, Rituale, [...], bei denen der Handel nur ein Moment und der Umlauf der Reichtümer nur eine Seite eines weit allgemeineren und weit beständigeren Vertrags ist. Schließlich vollziehen sich diese Leistungen und Gegenleistungen in einer eher freiwilligen Form, durch Geschenke, Gaben, obwohl sie im Grund streng obligatorisch sind, bei Strafe des privaten und öffentlichen Kriegs. Wir haben vorgeschlagen, all dies das *System der totalen Leistungen* zu nennen.«<sup>5</sup>

Alle drei Merkmale dieser »totalen Leistungen«, das heißt das Auftreten von kollektiven Akteuren, die Bedeutung von nicht-monetären, immateriellen Gütern in den Austauschbeziehungen sowie der verpflichtende Charakter der Gegenleistungen lassen sich in der einen oder anderen Form auch bei der Schließung von Kleinschulen finden.

---

4 Mauss sprach von »prestations« und »contre-prestation«, womit der Austausch von Geschenken und Dienstleistungen gemeint war. Indem es im Englischen kein äquivalentes Wort gibt, hat der Übersetzer, der Kürze willen den Begriff »total services« und »total counter-services« eingeführt. Vgl. Mauss 2000, S. vi. Im Deutschen ist dann daraus das »System totaler Leistungen« geworden.

5 Mauss 1990, S. 21-22.

Kollektive AkteurInnen spielen hier insofern eine Rolle, als dass in Schulschließungsprozessen verschiedene Interessensgruppen involviert sind. So kann eine Gruppe sich für den Erhalt der Schule stark machen, während eine andere aktiv die Schließung betreibt. Mauss verweist auch ausdrücklich auf die Repräsentation von Gruppen durch Stammesführer, weshalb die Beziehung einer Bevölkerungsgruppe zur Gemeindevertretung sich in das Konzept der Gabe einordnen lässt. Nicht selten sind die sich gegenüberstehenden Gruppen mit unterschiedlich viel Macht ausgestattet. Dieses Machtungleichgewicht bringt das politische Potenzial der ›Gabe‹ ins Spiel. Kollektive AkteurInnen versuchen mit anderen für oder gegen etwas Allianzen zu bilden, um Interessen durchzusetzen.<sup>6</sup> Wenn eine kleine Schule Gefahr läuft, geschlossen zu werden, kann die Bildung von Allianzen, zum Beispiel durch die Mobilisierung weiterer Bevölkerungsteile oder lokaler Medien, ein erster Teil der Strategie sein, um die Verhandlungsmacht zu stärken und die Schließung zu verzögern und sogar zu verhindern.

Mauss' zweiter Punkt verweist auf den interessanten Aspekt, dass in archaischen Gesellschaften die Begegnung zwischen Gruppen primär durch den Austausch von Höflichkeiten und Annehmlichkeiten (z.B. Tänzern) bestimmt ist und wirtschaftliche Transaktionen immer in diese kulturellen Praktiken eingebettet sind. Dieser Aspekt kommt auch im Zuge der Debatten rund um eine Schulschließung sowie nach der Schließung zum Tragen. In der Begegnung zwischen den involvierten Gruppen spielen diese nicht-wirtschaftlichen Übereinkünfte und Austauschformen ebenfalls eine wichtige Rolle, wie noch zu zeigen sein wird.

Dies führt zum dritten Merkmal: dem *verpflichtenden Charakter* dieser Austauschformen. Oberflächlich betrachtet scheint die ›Gabe‹ auf freiwilliger Basis gegeben worden zu sein. Die Erfüllung von Vereinbarungen findet jedoch nicht sofort statt – wie es in der Regel der Fall ist, wenn etwas mit Geld gekauft wird –, sondern es besteht eine strukturelle Unsicherheit. Zwischen der Abmachung und dem Erfüllen dieser Abmachung besteht eine zeitliche Kluft. Für Caillé ist dieser zeitverzögerte Effekt der ›Gabe‹ das fehlende Glied, das erklärt, wie soziale Beziehungen überhaupt entstehen und wie Vertrauen zwischen Menschen aufgebaut wird. In dieser Unsicherheit des Erwiderns liegt die »Uneigennützigkeit« der ersten Gabe, die für die Entstehung sozialer Beziehungen entscheidend ist und ohne diese es »sehr genau nichts« gäbe, eine Tatsache, die aus seiner Sicht stark unterschätzt wird.<sup>7</sup>

---

6 Caillé 2006, S. 161-214.

7 Ebd., S. 182.

Für die Schließung von Kleinschulen ist dies insofern von Bedeutung, als dass das soziale Gefüge in diesen Gemeinden durch mehr oder weniger enge Kontakte geprägt ist. Sich um eine Akzeptanz der Schließung in der Bevölkerung zu bemühen, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass soziale Kontakte weiterhin freundschaftlich verlaufen. Wodurch das im Einzelnen erzielt wird, das heißt, durch welche ›Gaben‹ die Situation der strukturellen Unsicherheit gelöst wird, um es der lokalen Bevölkerung zu erleichtern, die Entscheidung zur Schließung zu akzeptieren, wird Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen sein.

### 3. Methodische Vorgehensweise

Das in diesem Beitrag präsentierte Datenmaterial stammt aus einem zwischen 2013 und 2015 durchgeführten Forschungsprojekt. Ziel der Studie war es, das Ausmaß an Kleinschulschließungen im ländlichen Raum Österreichs zu erfassen sowie Erkenntnisse zum Ablauf des Schließungsprozesses und der damit verbundenen Folgen für die Gemeinde zu gewinnen.

Zu diesem Zweck wurde zunächst mit den Bildungsabteilungen aller Bundesländer – mit Ausnahme von Wien – Kontakt aufgenommen und es wurden Auskünfte über die Zahl Schulschließungen im Volksschulbereich erbeten. Auf Basis dieser Informationen wurden dann alle Gemeinden telefonisch kontaktiert, um Kontextinformationen zu der (oder den) Schulschließung(en) – einige Gemeinden schlossen mehr als eine Kleinschule – einzuholen. Dies beinhaltete die Anzahl der SchülerInnen zum Zeitpunkt der Schließung, das Jahr der Schließung, die Zahl der geschlossenen Volksschulen, die Entfernung zur nächsten Schule sowie die verbleibende Anzahl der Schulen in der Gemeinde. Diese Erhebungen zeigten, dass in Österreich zwischen 2001 und 2014 insgesamt 230 Kleinschulen in 191 Landgemeinden geschlossen wurden.

Im Weiteren wurde für jedes Bundesland ein Stichprobenplan erstellt, der neben den Kontextinformationen zur Schließung auch die Größe der Gemeinde sowie den Bezirk berücksichtigte. Aus jedem Bundesland wurden einerseits ›typische‹ beziehungsweise repräsentative Gemeinden ausgewählt, andererseits aber auch auf eine gewisse Breite der ausgewählten Fälle geachtet. Die Zahl der ausgewählten Gemeinden pro Bundesland wurde proportional abhängig von der Zahl der Schließungen festgelegt. Insgesamt wurden 30 Gemeinden ausgewählt. Diese Entscheidung verdankte sich der Überlegung, eine hinreichend große Stichprobe zu haben, die im Rahmen des Forschungsprojekts angemessen zu bearbeiten war.

Daraufhin wurden die BürgermeisterInnen dieser 30 Gemeinden um ein persönliches Gespräch über die stattgefundenen Kleinschulschließungen gebeten und ein Termin vereinbart. Bis auf eine Ausnahme haben alle sofort einer Befragung zugestimmt. Die Gemeinde, die kein Interesse an der Untersuchung hatte, wurde dann durch eine andere ersetzt. Die qualitativen Interviews fanden zwischen August und Oktober 2014 in den Gemeindeämtern statt und dauerten durchschnittlich zwischen einer Dreiviertelstunde und einer Stunde. Die Interviews wurden eingeleitet mit der Bitte zu beschreiben, wie es zur Schließung der örtlichen Kleinschule(n) in der Gemeinde gekommen ist. Je nach Verlauf des Interviews wurden weitere Themen eingebracht, wie zum Beispiel die Reaktion der Bevölkerung sowie der LehrerInnen, finanzielle Aspekte der Schließung, Transport, Auswirkungen auf das Gemeindeleben und die Nachnutzung des ehemaligen Schulgebäudes. Alle Interviews wurden aufgezeichnet und wortwörtlich in Standardsprache transkribiert.

Anschließend wurden die Transkripte sorgfältig gelesen und kodiert, das heißt mit der Vergabe von Kategorien und Unterkategorien begonnen. Einige der Hauptkategorien wurden direkt aus den Interviewleitfäden übernommen (siehe oben), während andere, wie zum Beispiel das Konzept der Gabe, das hier im Mittelpunkt des Beitrages steht, aus dem Material selbst abgeleitet wurde. Bei der Lektüre der Interviews hatte die Autorin den Eindruck, dass es auf kommunaler Seite den Wunsch gab, die lokale Bevölkerung für den Verlust der Schule zu entschädigen. Dies zeigte sich besonders deutlich in jenen Fällen, in denen Vereinbarungen für das Abhalten von Festen ausgehandelt wurden oder auch in der Nachnutzung des Schulgebäudes.

Hervorzuheben ist, dass die BürgermeisterInnen aufgrund ihrer politischen Position eine spezielle Gruppe von Befragten sind. Indem sie die Gemeinde nach innen und außen repräsentieren, sind sie es gewohnt, ihre Aktivitäten und Entscheidungen in einem positiven Lichte darzustellen. Im Kontext von Schulschließungen könnte sich dies in einer Tendenz zeigen, Konflikte innerhalb der lokalen Bevölkerung generell herunterzuspielen und den Schließungsprozess harmonischer zu präsentieren, als er tatsächlich stattgefunden hat. Für den hier gewählten Fokus dürften diese Bedenken jedoch von untergeordneter Bedeutung sein, da die Praktiken der ›Gabe‹ kein explizites Thema in den Interviews waren, sondern von den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen selbst angesprochen wurden. Das bedeutet, dass sie im Gespräch nicht gedrängt oder verpflichtet waren, erwünschte Antworten zu geben. Da nur die politische Vertretung der Gemeinde

die Befugnis hat, solche ›Gesten der Versöhnung‹ überhaupt zu offerieren, erscheint es auch legitim, ihre Perspektive bevorzugt darzustellen.

## 4. Ergebnisse

Im Folgenden werden die verschiedenen Formen der Vereinbarungen und Angebote präsentiert, die von der Gemeinde als Versöhnungs- und Ausgleichsgaben offeriert werden, um die Bedenken und den Widerstand gegen die Schließung der Kleinschule in der lokalen Bevölkerung zu zerstreuen. Tabelle 1 präsentiert einen quantitativen Überblick über die Verbreitung der einzelnen Gabenpraktiken und gibt an, wann diese im Schließungsprozess relevant werden.

Erfolgt die Gabenofferte gleich zu Beginn eines Schließungsprozesses, handelt es sich meist um eine Restrukturierung des Angebots an den bestehenden (kleinen) Volksschulen und dem Gemeindecindergarten. Ausgelöst werden diese Überlegungen aufgrund notwendiger Gebäudesanierungen sowie Anpassungen an die Nachfrage. Die Umgestaltung der ehemaligen Schule in einen Kindergarten kann aber auch zu einem späteren Zeitpunkt ein Thema werden.

Während des Schließungsprozesses selbst geht es um die Organisation des zukünftigen Schulalltags. Es lässt sich in manchen Schließungsprozessen das Bestreben feststellen, den Übergang für Eltern und Kinder aus der Kleinschule in die neue Schule so friktionsfrei wie möglich zu gestalten. Wenn sehr beliebte Lehrpersonen von der neuen Schule übernommen werden können, ist die Schließung für die Eltern leichter zu akzeptieren. Aber auch der Transport der Schulkinder zur neuen Schule ist ein wichtiges Thema in diesen Diskussionen. Des Weiteren geht es in dieser Phase oft darum, der örtlichen Bevölkerung die von ihnen vorgebrachten Ängste zu nehmen. Die BürgermeisterInnen berichten, dass durch die im Raum stehende Schließung die Eltern und Großeltern den Verlust ihres sozialen und kulturellen Lebens fürchten, da die mit dem Schuljahr verbundenen Feierlichkeiten nun woanders stattfinden. Nach der Schließung steht die Frage im Mittelpunkt, was die Gemeinde mit dem Schulgebäude vorhat, und wie das Gebäude weiterhin genutzt werden soll.

<i>Zeitpunkt der Relevanz</i>	<i>Formen der »Gaben«</i>	<i>Zahl der Gemeinden</i>
Vor, während und nach der Schließung	Die Schule wird zum Kindergarten umgestaltet.	5
Während der Schließung	Lehrpersonal der Kleinschule wird von der neuen Schule übernommen	2
	Arrangements bezüglich der Organisation des Schulkindertransports werden getroffen.	3
	Neue Arrangements bezüglich des Abhaltens von Feierlichkeiten werden getroffen.	7
Nach der Schulschließung	Die Schule wird von lokalen Vereinen genutzt.	13
	Die Schule wird an ein Unternehmen vermietet.	3
	Die Räumlichkeiten der Schule werden als Gemeinwohnungen verwendet.	3
	Die Schule wird an jemanden aus der lokalen Bevölkerung verkauft.	3
	Der öffentliche Charakter der Schule bleibt trotz Verkaufs erhalten.	3

*Tabelle 1: Übersicht über die »Gaben« der Gemeinde an die lokale Bevölkerung*

Da es den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde, alle Formen im Detail vorzustellen und mit Interviewzitatzen zu veranschaulichen, wird eine Auswahl getroffen, die sich an den am meisten verbreiteten und für die lokale Bevölkerung bedeutsamsten Gabeformen orientiert und alle Phasen des Schließungsprozesses abdeckt.<sup>8</sup> Im Folgenden wird auf die Umgestaltung in einem Kindergarten, den Austausch von Feierlichkeiten sowie die Nachnutzung durch lokale Vereine eingegangen. Am Ende des Abschnitts werden einige Überlegungen zu den möglichen Gründen angestellt, warum die Gemeindevertretung nicht in der Lage war, trotz der offerierten »Gaben« die lokale Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen.

#### **4.1 Die Schule wird zum Kindergarten umgestaltet**

In zwei Gemeinden startete die Schließungsdebatte durch die Notwendigkeit, die Standorte von Volksschulen und Kindergarten neu organisieren zu müssen. Diese Situation war in beiden Fällen dadurch entstanden, dass die Zahl der Schulkinder rückläufig war, während es eine steigende Nachfrage nach Kindergartenplätzen gab – ein Trend, mit dem viele ländliche Regionen konfrontiert sind.<sup>9</sup> Gleichzeitig waren die Schulgebäude im Hauptort renovierungsbedürftig. Um diese Situation

8 Für weitere Informationen vgl. Kroismayr 2017, S. 43-58; sowie Kroismayr 2019.

9 Kuepper/Steinführer 2015, S. 44-60.



zu lösen, entschloss man sich, die Volksschule im Hauptort zu modernisieren und in der Kleinschule im Ortsteil den Gemeindecindergarten unterzubringen. Ein Bürgermeister wies darauf hin, dass sich der Standort der Kleinschule im Ortsteil besonders als Kindergarten eignete, da dort die Schule von einem großen Garten umgeben war. Beide Bürgermeister hielten diese Entscheidung unter den gegebenen Umständen auch für die finanziell beste Lösung:

»In [Hauptort] ist die Schule in den sechziger Jahren erbaut worden und [es] war auch dringend nötig, dass eine Sanierung gemacht wird. Das Gleiche auch in [Ortsteil]. In der Zwischenzeit ist das aber auch gekommen, dass die Zahl der Kinder tatsächlich sehr stark zurückgegangen ist. [...] Und somit ist das auch gelungen, dass wir eben dieses Vorhaben im Gemeinderat durchgebracht haben.« (Interview 6, S. 2)

Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, dass die Bevölkerung im Ortsteil immer ein Einsehen hat, auch wenn dafür der Gemeindecindergarten an ihrem Standort angesiedelt wird. Gerade in der zweiten Gemeinde kam es zwischen örtlicher Bevölkerung und Gemeindevertretung zu beträchtlichen Spannungen, worauf weiten unten genauer eingegangen wird.

#### **4.2 Vereinbarungen über den Austausch von Feierlichkeiten**

»Aber sie machen wie gesagt eben Fronleichnam machen sie da drüben, einmal in *Ortsteil* und einmal da, wechseln so hin und her, net. Und zum Muttertag und so Anlässe, die es halt eben gibt, net, da wechseln sie halt so ein bisschen, net. Und das funktioniert aber ausgezeichnet. Einmal sind die Anderen da, einmal die Anderen drüben, und wie gesagt, harmoniert. Gibt es kein Problem.« (Interview 8, S. 8)

»Aber auch aufgeteilt, mit der Stammschule in [Hauptort], sowie ich einmal so, das ist für jeden Ortsteil, es gibt zum Beispiel Altentage, wo ältere Leute einmal eingeladen werden zum Essen, wo man sich bei ihnen bedankt für die Arbeit, die sie geleistet haben. [...] Jetzt haben wir eine Aufteilung, in jeden Ort geht es zum Beispiel in, nach [Ortsteil 1] die erste Klasse, nach [Ortsteil 2] die zweite Klasse, nach [Hauptort] die dritte Klasse, dass überall wieder Kinder da sind.« (Interview 30, S. 5)

Diese Formen der Kooperation beschränken sich jedoch nicht nur auf die Zusammenarbeit zwischen Ortsteil und Gemeindevertretung, sondern können auch zwischen zwei eigenständigen Gemeinden vorkommen. Ein Bürgermeister berichtete, dass man sich im Zuge der Schließung der letzten Schule im Ort mit einer gleichgroßen Nachbargemeinde zusammengetan hat, obwohl eigentlich von der

Landesbehörde die Zusammenarbeit mit einer anderen Gemeinde angedacht war. Ausschlaggebend war, dass in Bezug auf die Größe der zwei Gemeinden »nicht irgendwo einer der Stärkere ist und einer der Schwächere, weil sonst hat man doch das Gefühl, dass man als kleinere Gemeinde dann einmal unter die Räder kommt« (Interview 21, S. 7). Dies bot die Grundlage, Vereinbarungen in Bezug auf die Organisation von Festen und Feiern zu treffen. So hat man die Abmachung getroffen, dass die Erstkommunion im jährlichen Wechsel einmal in der eigenen Gemeinde, dann in der anderen stattfindet, obwohl diese üblicherweise immer am Schulstandort abgehalten wird. Des Weiteren findet nach wie vor der Kinderfasching in der Gemeinde statt, der immer vom Elternverein organisiert wird und wo nun auch die Eltern der Nachbargemeinde, wo die Kinder zur Schule gehen, eingeladen sind.

### **4.3 Die Schule als Veranstaltungsort für örtliche Vereine**

In dreizehn Gemeinden dient die Schule nach wie vor als Treffpunkt für lokale Vereine. Das Gebäude wird dabei von ganz unterschiedlichen Gruppen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Gesangsverein, der Musikkapelle, dem Fußballverein, der Gymnastikgruppe, dem Jugendclub, dem Seniorenclub oder einer Theatergruppe genutzt, um nur die häufigsten Vereine am Land zu nennen. Die Auslastung der Gebäude variiert dabei zwischen mehrmals bis einmal in der Woche. Neben der Nutzung durch die Vereine befinden sich im Gebäude auch oft ein, oder zwei Wohnungen, sodass das Haus in der Regel täglich frequentiert wird.

Viele der örtlichen Vereine dürften das Schulgebäude auch schon vor der Schließung als Veranstaltungs- oder Proberaum genutzt haben. Gerade in Bezug auf die Nachnutzung des Schulgebäudes tritt der ambivalente Charakter der Gabe zutage. Rein rechtlich könnte die Gemeinde als Eigentümerin über das Schulgebäude frei verfügen, und es scheint, dass die Gemeinde auf freiwilliger Basis die Instandhaltungskosten des Gebäudes übernimmt. Praktisch sind es jedoch die Erwartungen der Bevölkerung, die das Verhalten der Gemeinde bestimmen. Exemplarisch zeigt sich dies etwa in einem Fall, in dem das Gebäude verkauft wurde. Dort hat man mit dem Käufer vereinbart, dass die lokale Bevölkerung das Recht hat, den Turnsaal für Feste zu nutzen und man dafür als Gemeinde die Instandhaltungskosten übernimmt. Zwar hält der Bürgermeister diese Vereinbarung im Nachhinein für unsinnig, »aber damals, wegen dieser Schließung, war es der einzige Weg, die Bevölkerung an Bord zu bekommen« (Interview 3, S. 12). Diese Aussage zeigt, dass sich die Gemeinde verpflichtet fühlt, auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung eingehen. Hätte sie es nicht getan, wäre der

Schließungsprozess und die Situation danach von erheblichen Spannungen gekennzeichnet gewesen.

In zwei Gemeinden wurde das Schulgebäude nach der Schließung sogar renoviert beziehungsweise neu gebaut, um es als attraktiven Treffpunkt zu etablieren. Ein Bürgermeister berichtet, dass man das ehemalige Schulgebäude abgerissen hat und an dessen Stelle ein neues Mehrzweckgebäude errichtet hat, mit Feuerwache, Clubräumen, Sportplatz sowie vier Wohneinheiten im ersten Stock, die alle an Einheimische vermietet sind. Er meint dazu: »Also, da glaube ich auch, haben wir ein sehr durchdachtes Projekt dann auf die Beine gestellt, und das wird gut angenommen, ja.« (Interview 4, S. 4). In der anderen Gemeinde waren die baulichen Veränderungen wesentlich weniger umfangreich, dennoch wurden sie in der Absicht getätigt, die Bevölkerung für die Schließung der Schule in gewisser Weise zu entschädigen. Er erzählt:

»Die Sanierung hat 70.000 Euro gekostet. Aber da unten, da haben wir so einen Raum gehabt, wo die Sänger, die waren auf kleinsten Raum, ich glaube 33 Sänger auf 35 Quadratmeter. Ja, die haben jetzt natürlich eine Schulklasse gekriegt. Es ist alles gemacht worden, Küche hinein und echt einen tollen Proberaum. Da hast du jetzt schon mal 35 Leute, die schon sagen, na ja, na, jetzt ist es schon fein bei uns, nicht.« (Interview 2, S. 5)

#### **4.4 Exkurs über die Ablehnung von Gabeangeboten**

Insgesamt ist in vier von den 30 untersuchten Gemeinden der Schließungsprozess sehr konflikthaft verlaufen. Dies bedeutet, dass entweder die BürgermeisterInnen oder die Mitglieder des Gemeinderats untergriffigen verbalen Attacken ausgesetzt waren – in einem Fall hat es sogar Morddrohungen gegeben – und eine sehr angespannte Stimmung in der Gemeinde herrschte. Typisch für solche Verläufe war, dass die Entscheidung zur Schließung der Schule im Gemeinderat nicht einstimmig getroffen wurde und die Feindseligkeiten innerhalb der Bevölkerung und zwischen Gemeindevertretung und Bevölkerung noch lange Zeit nach der Schließung fortbestehen. Dies bedeutet, dass man sich nicht mehr grüßt und der Kontakt zu bestimmten Personen vermieden wird.

In diesem Abschnitt werden nun die Umstände von jenen zwei Gemeinden genauer besprochen, in denen trotz eines Gabeangebots der Widerstand der lokalen Bevölkerung nicht abgeschwächt werden konnte: In beiden Gemeinden sollte das Schulgebäude in einen Kindergarten umgewandelt werden – in einem Fall für die Kinder im Ortsteil und im anderen Fall für alle Kinder der Gemeinde. Während in anderen Fällen die Adaptierung der ehemaligen Schule in einen Kindergarten als angemessene Kompensation angesehen wurde, konnte in diesen beiden

Fällen die Empörung der lokalen Bevölkerung über die Schließungsabsicht dadurch nicht gemildert werden.

Dafür könnte das Zusammenspiel von mehreren Faktoren ausschlaggebend gewesen sein. Die betreffenden Gemeinden liegen beide in Tirol, einem Bundesland, das im Vergleich zu anderen Bundesländern auf eine lange Tradition der Eigenständigkeit kleiner Gemeinden zurückblicken kann und wo es auch kaum Gemeindefusionen gegeben hat.<sup>10</sup> Interessant ist, dass die betreffenden Orte auch eine eigene Geschichte aufweisen, die sich von jener des Hauptorts in der Gemeinde deutlich unterscheidet. Bedingt wurde dies räumlich, da beide Orte sich am Rande der Gemeinde befinden. Ein Bürgermeister beschrieb dies im Interview wie folgt: »Sie waren immer etwas isoliert. Sie haben ihre eigene Feuerwehr, ihre eigenen Vereine und der soziale Zusammenhalt ist sicherlich viel stärker als im Rest der Gemeinde.« (Interview 2, S. 15) Diese Beschreibung trifft auch auf den anderen Ort zu. Allerdings ist in dieser Gemeinde die Lage am Rand durch die Nähe zu einer größeren Stadt gekennzeichnet, die nur einen Kilometer entfernt liegt. Kirchlich ist die Bevölkerung auch in die Pfarre der Stadtgemeinde eingegliedert. Während sich der soziale und kulturelle Sonderweg in einem Fall durch die Abgeschiedenheit des Orts erklären lässt, ist er im anderen Fall durch die Nähe zum Stadtleben bedingt. Hinzu kommt, dass der lokalen Bevölkerung die Schließungsabsichten auf eine etwas abrupte Art und Weise mitgeteilt wurden. Beide Bürgermeister haben im Interview auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. So gab ein Bürgermeister zu, dass seine Vorgehensweise vielleicht ein bisschen »frech« war, da er ohne entsprechende Rücksprache mit der Bevölkerung die Schließung der Kleinschule auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung gesetzt hatte (Interview 2, S. 9). Der andere Bürgermeister verwies auf den Umstand, dass die Diskussion »irgendwie« begann und die Gemeinde die Angelegenheit unzureichend vorbereitet hatte, um das Anliegen der Bevölkerung zu kommunizieren: »Man ist nie mit einem vorbereiteten Konzept ah, darauf hingegangen und hat gesagt, das sind die Fakten, so schaut es aus.« (Interview 13, S. 9). Zumindest in diesen beiden Fällen dürfte die Kommunikation eine entscheidende Rolle gespielt haben und ein wesentlicher Grund gewesen sein, warum das Angebot der Gabe, die Etablierung eines Kindergartens, kein Gehör fand und eine feindliche Stimmung während des Schließungsprozess und darüber hinaus provozierte.

---

10 Meusburger/Kramer 1991, S. 185.

## 5. Zusammenfassung

In diesem Beitrag stand die Frage im Mittelpunkt, welche Vereinbarungen und Vorkehrungen von Seiten der Gemeinde getroffen wurden, um der lokalen Bevölkerung die Akzeptanz der Schließung der Kleinschule zu erleichtern, um so den sozialen Zusammenhalt sowie eine freundliche Atmosphäre innerhalb der Gemeinde zu erhalten. Diese Frage stellte sich deshalb, weil im Zuge der Befassung mit den Aussagen von BürgermeisterInnen, deren Gemeinde von Kleinschulschließungen betroffen war, der Eindruck entstand, dass die politische Vertretung mehr oder weniger bemüht war, im Rahmen ihrer Möglichkeiten der betroffenen Bevölkerung entgegen zu kommen. Diese Einstellung kann auch damit zusammenhängen, dass die betroffenen Gemeinden in der Regel nicht mehr als 2.000 EinwohnerInnen hatten, was vielfältige persönliche Kontakte innerhalb der Gemeindebevölkerung nahelegt.

Theoretisch wurde dieser Sachverhalt mit dem Konzept der >Gabe< interpretiert. Diese Entscheidung liegt vor allem im nicht-ökonomischen Charakter dieser Gabenpraktiken begründet, die als Mittel der gegenseitigen Anerkennung, Großzügigkeit und des Bewusstseins für moralische Verantwortung dienen.<sup>11</sup>

Die Analyse von 30 qualitativen Interviews mit Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen zeigte, dass eine Vielzahl von verschiedenen Praktiken angewendet wurde, um potenzielle Konflikte zu minimieren. Diese reichen von der Einrichtung eines Kindergartens in der ehemaligen Schule über die Sicherstellung, dass Feste und Feierlichkeiten im Ort erhalten bleiben, bis zur Nutzung des ehemaligen Schulhauses für lokale Vereine und Verbände. All diese Praktiken haben das Potenzial, zur Kontinuität des gesellschaftlichen Lebens beizutragen und die sozialen Beziehungen innerhalb der Gemeinde zu stabilisieren. Zählt man die Vermietung der Schule für Wohn- oder Unternehmenszwecke hinzu, ergibt sich das Bild, dass zwei Drittel der Gemeinden weiterhin das ehemalige Schulgebäude besitzen und damit für die Kosten der Instandhaltung aufkommen. Wo das Schulhaus verkauft wurde, erfolgte dies üblicherweise in Rücksprache mit der lokalen Bevölkerung, die sich als die eigentliche Besitzerin des Gebäudes fühlt.<sup>12</sup> Wären die Ortsbewohnerinnen und -bewohner ignoriert worden, hätte dies einen Vertrauensbruch bedeutet, wie ihn Slee und Miller in ihrer Untersuchung über West Aberdeenshire in Schottland beschreiben, wo sich die Bevölkerung von der Behörde

---

11 Moebius 2009, S. 112.

12 Vgl. Fredua-Kwarteng 2011, S. 1-26.

übergegangen fühlte, was zu einer Zerrüttung der Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Behörden geführt hat.<sup>13</sup>

Obwohl die Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten zum Teil zeitaufwendig waren und die gesamte Gemeinde betrafen,<sup>14</sup> zeigen die Ergebnisse dieser Studie, dass nach konsensualen Lösungen gesucht wurde, damit auch weiterhin ein gutes Auskommen garantiert ist. Eine Missachtung dieser ungeschriebenen Normen hätte das gütliche Zusammenleben in der Gemeinde wahrscheinlich ernstlich gefährdet.

Da es sich in den untersuchten Fällen um kleine Gemeinden handelt, stellt sich die Frage, ob eventuell in größeren Gemeinden, wo der direkte Kontakt zur Bevölkerung nicht gegeben sind, Schließungen in einer anderen Weise verlaufen, eventuell unpersönlicher und mit weniger politischer Bereitschaft, auf die Anliegen der Bevölkerung einzugehen. Es muss weiteren Untersuchungen überlassen bleiben, den generellen Aspekt des Gabe-Theorems zu beleuchten, das heißt zu untersuchen, wie Menschen im ländlichen Raum ihr Aufeinanderangewiesensein spüren, erfahren und gestalten und dadurch eine spezifische gesellschaftliche Verbundenheit herstellen.

## Literaturverzeichnis

- Barakat, Bilal: A »Recipe for Depopulation«? School Closures and Local Population Decline in Saxony. In: *Population, Space and Place* 21,8 (2015), S. 1853-1871.
- Bartl, Walter/Sackmann, Reinhold: Governance Indicators and Responsiveness to Population Decline: School Closures in Practice and Discourse in Saxony-Anhalt. In: *Comparative Population Studies* 41, 3-4 (2016) S. 321-358.
- Caillé, Alain: Weder methodologischer Holismus noch methodologischer Individualismus – Marcel Mauss und das Paradigma der Gabe. In: Moebius, Stephan/Papilloud, Christian (Hg.): *Gift – Marcel Mauss Kulturtheorie der Gabe*. Wiesbaden 2006, S. 161-214.
- Chignier-Riboulon, Franck/Fournier, Mauricette: Chronique d'une fermeture programmée. In: Chignier-Riboulon, Franck/Semoud, Nora (Hg.):

---

13 Slec/Miller 2015, S. 90.

14 Vgl. Šupule/Søholt 2018, S. 1070-1085.

- Nouvelle attractivité des territoires et engagement des acteurs. Clermont-Ferrand 2007, S. 215-233.
- Fredua-Kwarteng, Eric: School Closures in Ontario: Who has the Final Say? In: Canadian Journal of Educational Administration and Policy 46 (2011), S. 1-26.
- Knutas, Agneta: Nordic education policy in retreat neoliberal economic rationalization and the rural school. In: Policy Futures in Education 6 (2017), S. 695-712.
- Kroismayr, Sigrid: Die Nutzung aufgelassener Schulgebäude und ihre Bedeutung für die Dorfgemeinschaft. In: Land-Berichte 20,2 (2017), S. 43-58.
- Kroismayr, Sigrid: Kleinschulschließungen im Ortsteil – eine gaben-theoretische Betrachtung. In: Steinführer, Annett u. a. (Hg.): Das Dorf. Soziale Prozesse und räumliche Arrangements. Münster 2019, S. 119-131.
- Kuepper, Patrick/Steinführer, Annett: Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte. In: Europa Regional 23,4 (2015), S. 44-60.
- Mauss, Marcel: Die Gabe. Form und Funktion des Austausches in archaischen Gesellschaften. Frankfurt a.M. 1990.
- Mauss, Marcel: The Gift. The Form and Reason of Exchange in Archaic Societies. London 2000.
- Meusburger, Peter/Kramer, Caroline: Die Entwicklung des Vorarlberger Volksschulwesens zwischen 1948 und 1987 – im Vergleich zum gesamtösterreichischen Trend. In: Österreich in Geschichte und Literatur 35 (1991), S. 185-201.
- Moebius, Stephan: Die elementaren (Fremd-)Erfahrungen der Gabe. Sozialtheoretische Implikationen von Marcel Mauss' Kulturosoziologie der Besessenheit und des »radikalen Durkheimismus« des Collège de Sociologie. In: Berliner Journal für Soziologie 29,1 (2009), S. 104-126.
- Slee, Bill/Miller, Dave: School closures as a driver of rural decline in Scotland: a problem in pursuit of some evidence? In: Scottish Geographical Journal 131,2 (2015), S. 78-97.
- Šupule, Inese/Søholt, Susanne: Rural Municipalities and Change in Local School Structure: Comparing Room for Manoeuvre among Rural Municipalities in Latvia and Norway. In: Scandinavian Journal of Educational Research 61,7 (2017), S. 1070-1085.

